



Liebe Leserinnen,

ich hoffe, Ihr habt die Sommerpause genießen können und startet nunmehr voller Tatendrang in die neue Jahreshälfte.

Seit dem letzten Newsletter hat sich frauenpolitisch eine Menge getan. Mit der Bundeskonferenz der ASF in Magdeburg haben wir unser langjähriges Vorstandsmitglied Kerstin Mogdans verabschiedet, die die ASF Sachsen-Anhalt über 14 Jahre tatkräftig im Bundesvorstand vertreten hatte. Herzlichen Dank für Dein Engagement, liebe Kerstin. In den kommenden Jahren vertritt uns nun Maïke Lechler im Bundesvorstand.

Den ausführlichen Bericht findet Ihr wie gewohnt im neuen Newsletter, bei dessen Lektüre ich Euch viel Freude wünsche!

Eure Corinna Reinecke

Maïke Lechler neues Mitglied im ASF-Bundesvorstand

Die ASF hat sich auf der Bundeskonferenz im Juni in den Magdeburger Messehallen personell neu aufgestellt. Als Vorsitzende wurde dabei die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Elke Ferner, bestätigt. Dem 21-köpfigen Bundesvorstand wird in den kommenden zwei Jahren auch weiterhin eine Genossin aus Sachsen-Anhalt angehören. Kerstin Mogdans, die die sachsen-anhaltische ASF in den zurückliegenden 14 Jahren dort vertreten hatte, gab den Staffel-

stab an Maïke Lechler weiter. Die 25-jährige Hallenserin wurde mit einem überragenden Ergebnis von rund 82 Prozent Zustimmung als beste Beisitzerin von den Delegierten gewählt. „Ich freue mich riesig über das große Vertrauen der Delegierten und die Arbeit im Bundesvorstand in den kommenden Jahren“, so das neue Bundesvorstandsmitglied. Im Bundesvorstand will sie sich für die Integration von Frauen mit Migrationshintergrund sowie Frauen mit Behinderungen einsetzen und die bessere Vernetzung der ASF mit den Jusos voranbringen, damit mehr junge Frauen sich frauenpolitisch engagieren.

Unter dem Motto „Mehr! Respekt, Gerechtigkeit, Solidarität“ diskutierten die Delegierten drei Tage lang Themen wie die Reform des Sexualstrafrechts, die geschlechtergerechte Gestaltung von „Arbeit 4.0“, Lohngleichheit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Bundeskonferenz sprach sich für eine Verschärfung des Sexualstrafrechts aus, mit der der Grundsatz „Nein heißt Nein“ auch gesetzlich verankert wird. Mit einem einstimmigen Beschluss wurden zudem die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder aufgefordert, gemeinsam mit dem Bund dafür zu sorgen, dass in den Flüchtlingsunterkünften Schutzkonzepte für Frauen und Kinder umgesetzt werden. Die Delegierten sprachen sich dafür aus, dass eine Frau die nächste und erste Bundespräsidentin des Landes wird. Dabei konnte die ASF Sachsen-Anhalt auch inhaltlich überzeugen – so wurden alle Anträge mit großer Mehrheit beschlossen: Weil Studierende nur unzureichend vor sexueller Belästigung geschützt sind, sollen die Bundesländer ein eindeutiges Verbot sexueller Belästigung in den Hochschulgesetzen verankern. Auch der Anwendungsbereich des AGG soll erweitert werden, damit Studierende besser geschützt werden.

[Fortsetzung auf Seite 2](#)

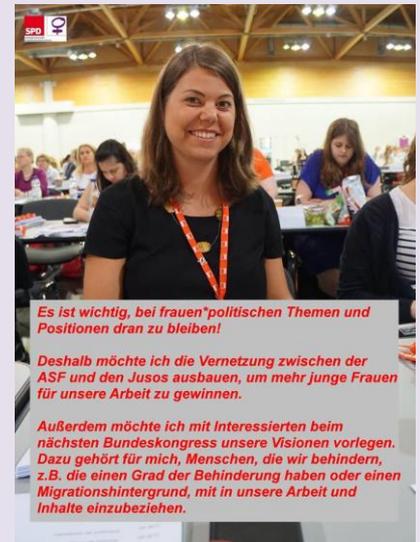


Bild: ASF-Bundesvorstand

Fortsetzung von Seite 1: Der steigenden Diskriminierung und Bedrohung von frauenpolitischen Akteurinnen im Internet soll strafrechtlich begegnet werden, Strafverfolgungsbehörden sollen besser geschult werden. Von Menschenhandel Betroffene sollen einen Rechtsanspruch auf psychosoziale und juristische Beratung erhalten. Außerdem sollen Fachkräfte für psychosoziale Arbeit mit Kindern in den Frauenschutzhäusern künftig finanziert werden. Künftig sollen zudem Zeiten des Mutterschutzes bei der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren berücksichtigt werden. Die beschlossenen Anträge sollen Bestandteil des SPD-Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2018 werden.

Väterbeteiligung bei Elterngeld steigt weiter an

Für mehr als jedes dritte Kind, das 2014 in Deutschland geboren wurde, bezog nicht allein die Mutter, sondern auch der Vater Elterngeld. Laut Statistischem Bundesamt hat sich die sog. Väterbeteiligung beim Elterngeld damit im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Prozentpunkte erhöht. In Sachsen-Anhalt beteiligten sich rund 27,9 Prozent der Väter, was einem Plus von 2,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Ebenso wie in den Vorjahren entschieden sich vier von fünf Vätern (79 %) für die Mindestbezugsdauer von zwei Monaten, während die überwiegende Mehrheit der Mütter (87 %) die maximale Bezugsdauer von zwölf Monaten ausschöpfte. Insgesamt haben bislang 933.000 Mütter und Väter für ihre im Jahr 2014 geborenen Kinder Elterngeld bezogen.

10 Jahre AGG– Reform des Diskriminierungsschutzes erforderlich

Am 18.08.2006 trat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft, dessen Ziel es ist, Benachteiligungen von Menschen wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen. Die Verabschiedung des Gesetzes stellte damals einen längst überfälliger Schritt und eine wichtige Errungenschaft aus gleichstellungsrechtlicher Perspektive dar.

Seitdem hat das AGG zweifelsohne dazu beigetragen, die Gesellschaft für das Thema Diskriminierung zu sensibilisieren. Das ist aus frauenpolitischer Sicht aber



Bild: Thorben Wengert/ pixelio.de

kein Grund, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Denn was die rechtliche Durchsetzung der Benachteiligungsverbote betrifft, ist das AGG dringend reformbedürftig.

Zehn Jahre nach Inkrafttreten des AGG kommt auch der von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes vorgestellte Evaluationsbericht zu dem Ergebnis, dass auf prozessualer Ebene die kurze Frist von zwei Monaten und Beweisprobleme in Gerichtsprozessen für die Rechtsdurchsetzung hinderlich sind. So hat sich gezeigt, dass es nicht zu einer effektiven Verwirklichung der Gleichbehandlung geführt hat, dass die Diskriminierten mit der Durchsetzung ihrer Ansprüche allein gelassen werden. Daher wird zunehmend gefordert, die Beweissituation zu verbessern und die Frist zur Geltendmachung für Schadenersatz und Entschädigung auf sechs Monate zu verlängern. Daneben soll der Individualklage eine Verbandsklage an die Seite gestellt werden.

Auch die ASF-Bundeskonferenz hat sich im Juni mit dem AGG befasst und mit großer Mehrheit einen Antrag der ASF Sachsen-Anhalt beschlossen, der fordert, künftig den Anwendungsbereich des AGG zu erweitern, um Studierende besser schützen zu können.

Eine neue Broschüre der Rosa Luxemburg Stiftung befasst sich mit Behauptungen und Fakten zu Sexismus: „[Ist doch ein Kompliment... Behauptungen und Fakten zu Sexismus.](#)“ Die Broschüre kann entweder direkt auf der Homepage der Rosa Luxemburg Stiftung heruntergeladen, oder kostenlos bestellt werden unter: bestellung@rosalux.de.

Konferenz junger politischer Frauen 2017 in Halle

Vernetzt euch, tauscht euch aus, macht euch stärker! Das ist das Motto der Konferenz junger politischer Frauen (kurz: KJPF 2017). Vom 05.-07. Mai 2017 findet in Halle die KJPF 2017 statt. Organisiert wird die Konferenz von jungen Frauen aus ganz Deutschland, die unterschiedlichen oder gar keiner Partei angehören und unterschiedliche Interessen haben. Die KJPF ist eine Vernetzungsplattform für Frauen, die politisch oder beruflich aktiv sind, sich so begreifen oder es werden wollen. Wir wollen in einen Erfahrungsaustausch untereinander und mit berufserfahrenen Frauen treten und uns gegenseitig in unserer Arbeit und Entwicklung stärken. Jede Teilnehmerin hat eine Stimme und soll gehört werden! Bereits zugesagt haben Inge Stamm, eine der ersten Gründerin einer Naturkosmetikfirma und Peggy Engelmann, die Leiterin des Umweltzentrum Franzigmark. Anmeldungen sind ab Ende des Jahres möglich. Der Eintritt soll kostenlos sein. **Mehr Infos über die Initiatorinnen und Gäste findet ihr unter:**



Bild: Kjpf

<https://konferenzjungerpolitischerfrauen.wordpress.com/home/>

Facebook: <https://www.facebook.com/kjpf2017/>

Twitter: <https://twitter.com/Kjpf2017>

Instagram: <https://www.instagram.com/kjpf2017/>

Direkter Draht: kjpf2017@gmail.com

Autorin und Initiatorin: Maike Lechler

Erklärung zivilgesellschaftlicher Träger

Die Trägerlandschaft in Sachsen-Anhalt mit ihren zahlreichen Organisationen, Vereinen und Verbänden hat eine gemeinsame Erklärung für ein demokratisches Sachsen-Anhalt der Vielfalt und des gegenseitigen Respekts verabschiedet.

Darin heißt es u.a. „Die Trägerlandschaft in Sachsen-Anhalt steht für eine demokratische Alltagskultur. Es ist unser erklärtes Ziel, uns stark zu machen für ein Klima, das die Freiheit und die Würde jedes*jeder Einzelnen garantiert. Wir engagieren uns gegen jede Form der Ausgrenzung, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit. Als Trägerlandschaft streiten wir für eine Politik, die sich für alle Menschen in unserer Gesellschaft einsetzt und stehen dafür als Partner*innen zur Verfügung.

Die Erklärung kann unter: <http://www.kulturkonferenz-sachsen-anhalt.de/?p=499> eingesehen werden.

Mehr Schutz durch Mindeststandards in Flüchtlingsunterkünften

Unter dem Dach der Bundesinitiative „Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften“ haben das Bundesfamilienministerium und das Kinderhilfswerk UNICEF gemeinsam mit einem breiten Netzwerk aus Partnerinnen und Partnern Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen in Flüchtlingsunterkünften erarbeitet. Diese wurden am 27. Juli veröffentlicht und bilden erstmals eine bundesweit einheitliche Grundlage, um den Schutz von Kindern, Jugendlichen und



Bildnachweis: UNICEF/Gilberston VII Photo

Frauen vor Gewalt sowie den Zugang zu Bildungsangeboten und psychosozialer Unterstützung in Flüchtlingsunterkünften zu verbessern. Die Mindeststandards sollen als Leitlinien für die Erstellung und Umsetzung von Schutzkonzepten in jeder Form von Flüchtlingsunterkunft gelten und erstrecken sich insbesondere auf die Bereiche Personal, strukturelle und bauliche Voraussetzungen bis hin zum Risikomanagement bei Gewalt- und Gefährdungssituationen und dem Monitoring der erzielten Fortschritte. „Wir müssen alles dafür tun, damit Kinder, Jugendliche und Frauen in den Flüchtlingsunterkünften geschützt sind und sich sicher fühlen. Ich danke allen Partnern dafür, dass wir für diesen Schutz jetzt ganz praktische Anforderungen formuliert haben, die alle Unterkünfte einhalten sollten“, sagte Manuela Schwesig. „Darüber hinaus halte ich eine bundesgesetzliche Regelung für erforderlich, die Träger von Flüchtlingsunterkünften zur Entwicklung, Anwendung und regelmäßigen Überprüfung genau solcher Schutzkonzepte verpflichtet.“

Paradigmenwechsel im Sexualstrafrecht: Nein heißt Nein

In Deutschland gilt künftig ein strenges Sexualstrafrecht, in dem das Prinzip „Nein heißt Nein“ festgeschrieben ist. Damit sollen die Rechte der Opfer von Sexualdelikten erheblich gestärkt werden. Der Bundestag hat das Gesetz in Berlin in zweiter und dritter Lesung einstimmig beschlossen. Damit macht sich bald nicht nur strafbar, wer Sex mit Gewalt oder Gewaltdrohung erzwingt. Eine sexuelle Handlung wird demnach auch dann als Vergewaltigung gewertet, wenn sich der Täter über den "erkennbaren Willen" des Opfers hinwegsetzt. Der Straftatbestand liegt künftig auch dann vor, wenn das Opfer durch Worte oder Gesten zum Ausdruck bringt, dass es mit den sexuellen Handlungen nicht einverstanden ist. Die lange geplante Reform wurde nach den Übergriffen der Kölner Silvesternacht von einer kontroversen öffentlichen Diskussion begleitet.

Dazu erklärt die ASF-Bundesvorsitzende Elke Ferner: „Der Druck der Frauenverbände und der ASF hat sich gelohnt. Die Frauen in den Koalitionsfraktionen haben deutliche Verbesserungen im Sexualstrafrecht auf den Weg gebracht: Zukünftig kommt es für eine Vergewaltigung nicht mehr darauf an, dass sich eine Frau wehrt - das Nein einer Frau reicht aus. Ein toller Erfolg für das breite Bündnis von Frauenverbänden! Damit setzen wir ein Zeichen für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Schon jetzt wird es als Unrecht angesehen, wenn eine Frau eine sexuelle Handlung erkennbar nicht will und der Mann sich darüber hinwegsetzt. Mit der Reform stimmen das Rechtsempfinden der Menschen und die Rechtslage bei einer Vergewaltigung endlich überein. Das macht einen gravierenden Unterschied für die Opfer.“



Grafik: SPD-Parteivorstand

Neuer ASF-Vorstand in Dessau-Roßlau

Die Sozialdemokratinnen des Stadtverbandes Dessau-Roßlau wählten am 22. August 2016 einen Vorstand für die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Dessau im Gebäude der AWO. Viele Themen bewegen die Frauen des Stadtverbandes Dessau-Roßlau. Die zentrale Aufgabe ist die Diskussion und Erarbeitung frauengerechter Lösungen, politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme in Dessau-Roßlau. Zu Gast war die Landesvorsitzende der ASF, Corinna Reinecke.



Bild: Sylvia Gernoth

Sie betonte in ihrem Grußwort, das Ziel der ASF. „Es ist wichtig im Dialog mit Gewerkschaften, Verbänden, Organisationen und der deutschen und internationalen Frauenbewegung gemeinsame Forderungen zu entwickeln und durchzusetzen“. Nach einer konstruktiven Diskussionsrunde über die bevorstehenden Aufgaben und die zukünftigen Ziele der ASF wählte der Stadtverband Dessau-Roßlau Gabi Perl zur neuen Vorsitzenden. Als Stellvertreterinnen stehen ihr Bärbel Rabe und Larissa Wallner zur Seite. Irina

Hermanns komplettiert den neuen ASF-Vorstand als Beisitzerin. Die SPD- Stadtverbandsvorsitzende Sylvia Gernoth gratulierte den neu gewählten Vorstandsfrauen: „Es ist für die politische Arbeit der Sozialdemokratinnen ein wichtiger Bestandteil in unserem Stadtverband Dessau-Roßlau, um aktuelle Themen zu transportieren“, so Gernoth.

Entgeltgleichheit

Seit Jahrzehnten steht das Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auf der politischen Agenda, aber bewegt hat sich wenig. Nach wie vor „verdienen“ Frauen rund 22 Prozent weniger als Männer.



Bild: SPD-Bundestagsfraktion

Um diese Lohnlücke, den Gender Pay Gap, zu schließen, hat Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig ein Gesetzesvorhaben für mehr Lohngerechtigkeit auf den Weg gebracht, das vor allem auf Transparenz setzt. Künftig sollen Angestellte und Arbeitnehmer_innen in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten Auskunft darüber verlangen können, ob in ihrem Betrieb für gleiche oder gleichwertige Arbeit auch gleich bezahlt wird. Die Union lehnt das Gesetz mit Verweis auf den bürokratischen Aufwand ab und blockiert den Entwurf aus dem Familienministerium. Bereits im Dezember eingereicht, hängt der Entwurf seit Monaten im Kanzleramt fest. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel nennt die groteske Ungleichheit „eine Schande“. Er hat sich in den Koalitionsstreit eingeschaltet und Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgefordert, sich im Koalitionsstreit um mehr Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen für den Gesetzesentwurf einzusetzen.

Die Quote wirkt

Seit dem 1. Januar 2016 gilt die feste Geschlechterquote von 30 Prozent für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten in börsennotierten und voll mitbestimmten Unternehmen. Sie gilt aktuell für 151 börsennotierte und voll mitbestimmte Unternehmen. Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig und Bundesjustizminister Heiko Maas haben eine erste, positive Bilanz zur Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen gezogen. „Die Quote wirkt!

Seit dem 1. Januar 2016 haben bereits 50 Unternehmen weibliche Aufsichtsräte gewählt bzw. bestellt. In



Grafik: www.spd.de

diesen 50 Aufsichtsräten ist der Frauenanteil um 7,3 Prozentpunkte auf knapp 30 Prozent gestiegen. Das ist ein toller Erfolg“, so Schwesig. Bundesjustizminister Heiko Maas ergänzt: „Mit der Quote sorgen wir für mehr Chancengleichheit. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern muss auch in den Unternehmen Wirklichkeit werden. Der notwendige Kulturwandel hat begonnen. Die Unternehmen werden sich jetzt daran messen lassen müssen, wie ambitioniert sie die gesetzlichen Pflichten umsetzen und sich für die Förderung von Frauen einsetzen.“

Impressum:

V.i.S.d.P.: Corinna Reinecke
 Redaktion: Sarah Schulze
 SPD-Landesgeschäftsstelle,
 ASF-Landesverband
 Bürgelstraße 1,
 39104 Magdeburg
asf@spdlisa.de

Termine:

- 20.09.2016, 09:30 – 16:30 Uhr:** Fachtagung „Genderblick auf Kinder und Jugendliche mit Migrationserfahrungen“, Magdeburg, Roncalli-Haus
- 19.10.2016, 10:00 – 13:00 Uhr:** Fachtagung „10 Jahre AGG“, Adelheid-Foyer im Rathaus in Magdeburg
- 20.10.2016, 18:00 Uhr:** ASF-Landesvorstand, Magdeburg, ERH
- 24.11.2016, 18:00 Uhr:** Parlamentarische Begegnung des Landesfrauenrats, Landeszentrale für politische Bildung, Leiterstraße 2, Magdeburg
- 30.11.2016:** Jubiläumsveranstaltung 15 Jahre Koordinierungsstelle für Frauen- und Geschlechterforschung in Sachsen-Anhalt
- 01.12.2016:** 6. Landesweiter Tag der Genderforschung, OvGU Magdeburg